

G-20-TREFFEN

## Sarkozy fordert Transaktionssteuer



Unter französischem Vorsitz tagen die 20 größten Wirtschaftsmächte der Welt (G20) in Paris: Präsident Nicolas Sarkozy.  
Foto: dapd

Von Markus Sievers

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat zum Auftakt des Finanzministertreffens der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) eine Finanztransaktionssteuer „sowohl gerecht als auch nützlich und effizient“ genannt. Er halte es für denkbar, dass einige Länder vorangingen, so lange sich nicht alle gemeinsam entscheiden könnten. Eine solche Transaktionssteuer könnte sämtliche Geschäfte und Produkte auf den Finanzmärkten betreffen – von Aktien über Devisen, Anleihen, Rohstoffen bis hin zu anderen Papieren.

Die Finanzminister und Notenbankchefs beraten seit Freitagabend in Paris die globalen Ungleichgewichte unter den Wirtschaftsmächten. Weitere Themen des zweitägigen Treffens sind das Weltwährungssystem und die Preisexplosion bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Der Milliardär und

Microsoft-Gründer Bill Gates soll den G20 zudem neue Finanzierungswege für die Entwicklungshilfe vorstellen.

Im Ringen um die Finanztransaktionssteuer hatte zuvor bereits Österreich mit einem isolierten Vorgehen der willigen Länder einen ähnlichen Weg vorgeschlagen. „Am besten wäre, wir könnten die Finanztransaktionssteuer weltweit einführen“, sagte Österreichs Finanzstaatssekretär Andreas Schieder (SPÖ) der Frankfurter Rundschau. Aber die Staatengemeinschaft könne nicht ewig warten. „Österreich plädiert dafür, mit einer Koalition der Willigen zu beginnen“, betonte Schieder. Er zeigte sich überzeugt, dass unentschlossene Regierungen folgen würden, wenn Deutschland, Frankreich, Österreich und andere vorpreschten.

Die Finanztransaktionssteuer belastet kurzfristige Spekulationsgeschäfte. Aus Sicht ihrer Befürworter zählt sie zu den Instrumenten, die eine Wiederholung der Krise verhindern könnten. Nach langem Hin und Her hat sich die Bundesregierung für diese Belastung der Finanzgeschäfte ausgesprochen. Allerdings lehnt sie einen Alleingang ab. Nachdem auf G-20-Ebene die Konsenssuche am Widerstand unter anderem der USA und der Schwellenländer gescheitert ist, sucht Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eine Verständigung in der Europäischen Union. Doch auch die zeichnet sich nicht ab, da insbesondere Großbritannien nicht mitmachen möchte. Schäuble droht damit eine Lücke in seinem Haushalt, da er für 2012 mit Einnahmen von zwei Milliarden Euro durch die Finanzsteuer plant. ( msv/dpa)

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/wirtschaft/sarkozy-fordert-transaktionssteuer/-/1472780/7210266/-/index.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau